

## **Jour fixe vom 27.01.2020 – 1. Iran-USA, 2. Populismus (GS 4-19)**

### **1. Überlegungen zur aktuellen Weltlage am Fall Irans**

(Rede Trumps im Anhang)

Der Grund, warum das hier zum Thema gemacht werden soll, ist, dass die Diskussion in der Öffentlichkeit sich um die Frage drehte, ob bei den aktuellen Ereignissen im Irak nun die Schwelle zum Krieg überschritten sei. Die Frage – droht ein Krieg oder sind nicht die USA genötigt, jetzt einen Krieg zu führen? – ist völlig daneben, schließlich ist die Auseinandersetzung USA-Iran schon andauernd eine kriegerische und die USA sind ständig dabei, Gewalt anzuwenden, wenn sie es für nötig erachten, darin agieren sie längst in aller Freiheit.

Welche Überlegungen zu den aktuellen Ereignissen im Iran stehen stattdessen an und wie sind diese einzusortieren?

— *Die Ermordung des iranischen Generals Soleimani durch die USA zielt auf ihn als Repräsentanten eines 'verbrecherischen Regimes'. Das Verbrechen liegt darin, dass angesichts der massiven Sanktionen, die gegen den Iran verhängt wurden, dieser sich immer noch nicht dem amerikanischen Willen beugt: 1. Der Iran versucht, mit allen Mitteln seine Ökonomie halbwegs aufrecht zu erhalten, versucht sogar, neue Abnehmer für sein Öl zu finden. 2. versucht er, mit militärischer Gewalt dagegen zu halten, hat z.B. kürzlich einen Militärschlag gegen Saudi-Arabien geführt. 3. richtet sich die amerikanische Verurteilung gegen das Bestreben Irans, sich vor Ort als Regionalmacht zu behaupten. Dafür steht Soleimani als Anführer der Al-Quds-Brigaden, die auch im Irak operieren, wo sie diverse schiitische Fraktionen unterstützen. Dadurch versucht der Iran zu verhindern, dass überall in seinen Nachbarstaaten neue Fronten gegen ihn aufgemacht werden. Also hat Trump mit aller Macht und Selbstherrlichkeit beschlossen, diesen Anführer zu exekutieren*

Es fehlt der Grund für diese amerikanische Politik: Iran begeht lauter Verbrechen, wenn er sich in der Region breit macht und amerikanische Verbündete angreift. Aber der wesentliche Punkt besteht darin, dass Trump dieser Macht vorwirft, sich anti-amerikanisch zu betätigen und sich dafür auch noch Waffen zulegt, um sich der Unterordnung durch die USA zu erwehren, also seine Souveränität verteidigt. Diese *Fähigkeit des Iran muss zerstört* werden. Deshalb wird die ganze Welt von den Amis darauf verpflichtet, den Iran zu isolieren und unschädlich zu machen. Es geht darum, den Iran zur *Kapitulation*, also zur Unterordnung unter den amerikanischen Willen zu zwingen, zur Entwaffnung dergestalt, dass sie amerikanische Verbündete in der Region nicht mehr schädigen können. Es gilt zu unterscheiden zwischen den moralischen Rechtfertigungen einerseits und den tatsächlichen Zwecken der US-Politik. Am Iran wird ein Exempel statuiert, dass anti-amerikanische Politik nicht geduldet wird. Dies ist der Inhalt des Terrorismusvorwurfs und so wird definiert, was sich der Iran gegenüber den USA herausnehmen kann und dass dies zu unterbinden ist. An Soleimani wird vorgeführt, dass man es nicht duldet, dass sich der Iran im nahen Ausland anti-amerikanisch betätigt und deshalb wird der Terrorist als Anführer feindlicher Truppen unschädlich gemacht.

In aller Freiheit und vom Standpunkt der absoluten Überlegenheit ist ein ausgemachter Feind der USA liquidiert worden. Dafür stehen die Zitate aus der Trump-Rede. Es handelt sich nicht um eine erzwungene Reaktion der USA, wenn Trump betont: 1. handelt es sich bei Soleimani um einen zu erledigenden Feind, 2. hätte das eigentlich schon längst gemacht werden sollen und 3. verfügen die USA über alle Mittel zur Liquidation, wann und wo es ihnen beliebt.

In der Presse wurde debattiert, ob diese Tat mit dem Völkerrecht vereinbar sei. Einige sagten nein, weil dieser Angriff auf ausländischem Boden ohne Kriegserklärung erfolgt sei. Das ist Trump scheißegal. Das Völkerrecht ist für ihn nicht bindend.

— *Trump wird vorgeworfen, er sei erratisch und würde die Folgen seiner Politik nicht übersehen. Dabei hat er dieses Problem überhaupt nicht. Als potente Supermacht stehen die USA über dem Völkerrecht.*

— *Soleimani war ein ranghoher iranischer Militär und wurde einfach ausgeknipst. Zugleich wurde von den Amis dazu gesagt, es handele sich nicht um einen kriegerischen Akt, sondern um eine Bestrafungsaktion. Sie nehmen sich die Freiheit, selber zu definieren, wann sie sich in einen Krieg hinein begeben. Bestrafung drückt aus: es soll den Iran treffen, aber es soll kein Krieg sein. Faktisch ist dieser Beschluss ein Angriff auf den iranischen Staat, gerade weil ein hoher Militär getötet wurde.*

Was drückt dieses Dementi über das imperialistische Auftreten der USA aus?

— *Die Amis stehen meilenweit über den anderen. Ganz von Oben herab geben sie denen einen auf den Deckel.*

Ja, denn Krieg unterstellt, dass man den Feind als souveränen Staat anerkennt, wenn man ihm mit Waffengewalt Schaden zufügt. Dieses Verhältnis zum Iran akzeptiert Trump gar nicht. Und dasselbe drückt sich an dem iranischen Gegenschlag im Irak aus.

— *Trump sagt darauf: 1. hat es keine US-Opfer gegeben und 2. habe der Iran sich merklich zurückgehalten.*

Daran ist ersichtlich, wie krumm die Presse das auffasst, wenn sie vor einem drohenden Krieg warnt und die besonnene Reaktion des Iran lobend erwähnt. Die Sachlage ist eine andere: 1. sagen die Iraner mit dem Angriff, sie lassen sich nicht alles bieten 2. demonstrieren sie, dass sie Gewaltmittel haben, die die Amis bedrohen, 3. legen es die Iraner mit der Vorwarnung und der Begrenzung des Schadens nicht auf einen Waffengang mit den USA an, tun aber kund, einfach gefallen lassen sie sich die Ermordung ihres Generals nicht. Dazu sagt Trump: euer Angriff, das war ja nichts. Später stellt sich das dann als Lüge heraus, es gab Tote, Verletzte und Traumatisierte, die dann ausgeflogen worden sind. Den angerichteten Schaden akzeptiert Trump nicht als Wahrheit, weil er meint: man kann Amerika (wegen der: „unglaublichen Fähigkeiten und dem Mut der amerikanischen Soldat/innen“) gar nicht schaden und die Iraner schon gar nicht.

— *In seiner Rede hat Trump herausgestellt: wir reagieren besonnen, wir wägen ab und im Übrigen haben wir sowieso die tollsten Raketen von der Welt, was aber nicht heißt, dass die USA sie jetzt einsetzen müssen.*

Einfach hingenommen hat Trump die Aktion wiederum auch nicht. Die Sanktionen wurden erneut verschärft und gesagt, sollten sich die Iraner was raus nehmen, werden sie dem Erdboden gleich gemacht.

Die Definition als Bestrafungsaktion heißt, es wird ein Zustand wieder hergestellt, der dann in Ordnung ist. Auch die Aussage, wir führen keinen Krieg, sondern wir beenden einen, all das sind amerikanische *Ansprüche* an den Iran. Nämlich, dass er sich die Liquidierung seines Generals gefallen zu lassen hat und das in schöner Kombination mit der Drohung, wir haben das beste Militär der Welt, unsere Geheimdienste haben längst alle Ziele identifiziert etc. Und ob oder wann die Amis ihre überlegenen Gewaltmittel einsetzen, ist dann eine ganz andere Frage. Letzteres sagt er in der Form: es ist ja kaum was passiert.

— *Trump hat auf diese Weise den Gegenschlag des Iran herunter definiert. Das ist einerseits kontrafaktisch, aber so sagt er: wir sind jederzeit in der Lage, Schläge überall auszuführen und so zu dosieren, dass die Iraner klein begeben müssen. Dieses Auftreten hat was von Fake News.*

In den Gegenschlag des Iran interpretiert Trump *seine Stellung* - die haben unseren Schlag *kapiert*, dass ihnen nichts als Kapitulation übrig bleibt – hinein. Trump gibt mit dieser Interpretation kund, dass er seine Aktion gegen den Iran als Erfolg betrachtet.

— *Es gab Meldungen in der Presse, dass der Iran vor seinem Gegenschlag die Iraker verständigt hätte. Das habe ermöglicht, das Zielgebiet zu räumen und deshalb seien nur Sachschäden und keine Toten erfolgt. Ist das nicht die Ansage des Iran, wir lassen uns die Liquidierung unseres Generals zwar nicht gefallen, aber unsererseits wollen wir nicht eskalieren?*

Natürlich wollen die Iraner ihrerseits keinen Krieg gegen die USA anzetteln. Dass der *Irak* vor einer Bombardierung informiert wird, heißt: wir achten die irakische Souveränität.

Aber das ist nicht dasselbe wie Kleinbegeben gegenüber den Amis. Die Klarstellung der Iraner heißt: wir knicken nicht ein, sondern haben Mittel, um dagegenzuhalten.

— *Dem iranischen Volk malt Trump eine Zukunftsperspektive aus, wie es in Frieden und Wohlstand leben könnte. Da unterstellt er, dass das iranische Volk selbst einen Regime-Change betreibt. Trump sagt ja: er macht's nicht.*

Das eine ist, dass die USA da nichts anbrennen lassen, sie fördern Proteste und Demonstrationen, befeuern Unzufriedenheit, die es im Iran gibt, und das sagen sie ja auch dauernd. Neben dem, was sie praktisch alles ins Werk setzen, um dieses Regime zur Kapitulation zu zwingen, sagen sie: wir wollen keinen Regime-Change, Damit stellen sie sich auf den Standpunkt, dass es *keine* offene Frage ist, dass der Iran demnächst kapitulieren wird – nach einer weiteren Runde Sanktionsverschärfung, weiterer Unterstützung von Protesten usw. Darin ist sich Trump so sicher und das stellt er so demonstrativ unter Beweis, wenn er dem Iran anbietet: Wir können doch über alles reden und gemeinsame Feinde bekämpfen.

— *Das spielt darauf an, dass es in früheren Zeiten seitens der USA militärisch das Ideal Regime-Change z.B. im Irak gegeben hat. Das war damals das politische Konzept, um sich in dieser Region demokratisch, militärisch, imperialistisch zu verankern, indem man die falsche Herrschaft stürzt, bis zur Kapitulation bombardiert, und danach peu à peu ein pro-amerikanisches demokratisches Bollwerk aufbaut.*

Und es ist ja nicht so, dass Trump den Regime-Change in Wirklichkeit doch will und betreibt. Für Trump ist ein Regime-Change *unter der Würde* der USA. Um sowas kümmert er sich nicht. Einen Umsturz zu machen, ist schon die Angelegenheit der *Iraner*. Dass die USA alles dafür tun, Aufstände im Iran befördern, das Volk unter Druck setzen, Propaganda treiben usw., das ist klar. Aber 'eine andere Regierung wollen' – das wäre ja wie 'Weltordnen wollen': Sich überall einmischen und sich selber dafür zuständig erklären. Trump sagt dagegen: Wir vertreten das amerikanische Interesse und sorgen dafür, dass sich das überall durchsetzt. Da müssen die Länder und ihre Bevölkerungen schon selber dafür sorgen, wie sie sich dem zuordnen, dafür sind die USA nicht verantwortlich. Früher hieß es dagegen: *Wir* sorgen für eine andere Regierung und damit für ein nach unserer Auffassung funktionierendes Regime. Diese Sorte Einmischung in ein Land hält Trump für unter der Würde Amerikas, er verlangt ‚bloß‘ Unterwerfung.

— *So hat er ja auch seine Vorgänger kritisiert: sie haben sich in Kriege hineinziehen lassen, die nur den Tod vieler wunderbarer amerikanischer Soldaten gebracht haben.*

\*

— *Eine Frage zu Europa und Trumps Aufforderung, die Nato solle sich stärker in Nahost engagieren. Er sagt ja, dass das eine Botschaft an die Europäer und auch an die Chinesen ist, dass sie endlich die Realität anerkennen sollen, dass das „törichte“ Atomabkommen gestorben ist, dass sie ihre diplomatischen Bemühungen darum und die alternativen Angebote lassen sollen und auf die amerikanische Linie einschwenken sollen. Zieht er da neue Seiten auf?*

Trump verlangt von Europa, dass sie Amerika folgen, das Atomabkommen aufkündigen und alles unterlassen, was dem Iran noch an Rest ökonomischer Möglichkeiten verbleiben könnte, wie die Ankündigung der Europäer, dafür zu sorgen, dass irgendwie doch noch Geld in den Iran fließen könnte.

— *Diese strikte Ablehnung der weiteren Verbindung Europa-Iran vertritt Trump vom Standpunkt der absoluten Überlegenheit Amerikas, von dem aus derartige Abkommen für die USA nur Verpflichtungen sind, die sie nicht nötig haben. Wenn die Europäer das Abkommen weiter stützen, nimmt das möglicherweise die Europäer in die Pflicht. Das haben sie daher zu lassen.*

Die Sorge, dass sich die Europäer da in irgendetwas verstricken, die hat Trump wirklich nicht. Die Sichtweise Trumps ist viel einfacher: die Europäer sollen gefälligst Amerika unterstützen und alles mitmachen! Anstatt ein von den USA betriebenes Sanktionsregime zu hintertreiben, indem sie dem Iran Hoffnungen auf Alternativen machen.

Die USA haben klargestellt, der Iran hat endgültig auf sein Atomprogramm zu verzichten. Dafür sanktionieren sie ihn und gehen gegen dessen militärische Versuche vor. Das ist die Realität, die die Europäer jetzt endlich auch mal anerkennen müssen. Wo doch klar ist, dass es keine Alternative gibt, weil wir nichts anderes zulassen. Da gibt es kein Abkommen mehr zu retten. Sein Deuten auf den Militärschlag gegen Soleimani, das gibt der Aufforderung an die Europäer den Charakter eines *Ultimatums*.

— *Wenn die USA so kategorisch sagen, das Atomabkommen gibt's nicht mehr, das taugt nichts, nützt allenfalls dem Iran, dann haben alle anderen dieselbe Konsequenz wie die USA zu ziehen. Die Europäer lassen da ja eigentlich – in der Härte des Standpunkts – auch nichts zu wünschen übrig, und zwar nicht nur in dem, wie sie praktisch agieren, also auf Geschäfte verzichten: auch ihnen ist am wichtigsten, dass die Iraner nie eine Atombombe haben dürfen, und sie sind bestürzt, wenn der Iran jetzt wieder Uran anreichert. Trotzdem ist es eine andere Umgangsweise mit dem Iran als seitens der USA.*

Das ist nicht nur eine andere Art. Der Witz ist, dass sie sich nicht einfach den Amis fügen, denn sie wollen etwas anderes als Trump. Sie haben *ein anderes Verhältnis zum Iran*, sie wollen von ihm was anderes und sie denken, dass sie das anders gegen ihn durchsetzen können. Sie sagen einerseits, mitmachen tun wir nicht, und andererseits, wir haben schon auch *unsere* Bedenken gegenüber dem iranischen Atomprogramm, weshalb wir versuchen im Rahmen der im Abkommen enthaltenen Möglichkeiten den Iran zu zwingen, bei der darin vereinbarten Beschränkung seines Atomprogramms zu bleiben. Und ein Stück weit haben sie sich auch als – von Trump her betrachtet – 'willfährig' gegenüber den USA erwiesen, indem sie den im Atomabkommen enthaltenen Mechanismus zur Überprüfung, ob der Iran sich an alles hält, in Gang gesetzt haben (auch wenn sie damit die Nützlichkeit des Atomabkommens zur Schau stellen wollen).

— *Die Grundlage davon ist, dass die Europäer die Erpressung von Trump, dieses Ultimatum, sehr wohl verstanden haben. Aber sie machen trotzdem nicht genau das, was von Amerika gewünscht wird, sondern eben diese Muldenschleichertour, wo sie unter Gesichtswahrung – sie sind nicht einfach Ja-Sager – aus ihren eigenen europäischen Gründen das Überprüfungsverfahren einleiten.*

— *Aber das ist nicht nur die Form der selbstbewussten Unterordnung unter die Trump'sche Ansage, sondern der Inhalt der Muldenschleicherei ist, dass sie ein Stück von ihrer Mitgestaltungsmacht erhalten wollen: Wir bleiben im Abkommen, aber wir stellen dem Iran Bedingungen.*

— *Noch zur Nato: Trump begründet seine Ansage, dass die Nato in der Region mehr Funktionen übernehmen soll, explizit damit, dass die USA in Sachen Energieversorgung mittlerweile unabhängig sind, sogar selber der weltweit größte Produzent von Rohöl und Erdgas. Trump definiert so neue, andere strategische Gesichtspunkte im Verhältnis zu der Region. Die Nato soll ihrerseits mehr Kosten und Aufgaben übernehmen, um die Energiesicherheit der Welt zu sichern. Das ist nicht mehr der Job der USA.*

## **2. Der Populismus – Sechs Anmerkungen zu einer alternativen Form demokratischer Herrschaftsausübung (GS 4-19)**

### **I. Eine Praxis und ein Vorwurf mit einer langen demokratischen Tradition**

In der ersten Anmerkung heißt es: Populismus gibt es – und zwar nicht erst seit heute – als Vorwurf in der demokratischen Öffentlichkeit. Was beinhaltet und worauf zielt dieser Vorwurf, was kann man daraus lernen?

— *Gerade gab es den Vorwurf an den Grünen Robert Habeck – der sagte, man solle die Flüchtlingskinder ganz schnell und im Alleingang aus den überfüllten griechischen Lagern nach Deutschland holen –, er wolle mit dieser Idee gerade zu Weihnachten bloß Punkte machen, er mache den Vorschlag aus purer Berechnung, unter Ausnutzung dieses Elends. Der Vorwurf ist etwas, was die, die es ihm vorwerfen, selber als ihr moralisches Anliegen anführen. Inhaltlich ist es das dasselbe wie der Populismusvorwurf an die neuen Populisten.*

— *Den Vorwurf des Populismus gibt es eben gerade auch innerhalb des demokratischen Spektrums. Von der Seite der Regierenden wird das dann so ausgedrückt, dass Regieren heißt, man muss auf Sachzwänge achten, darf keine uneinlösbaren Versprechen machen. So wird der demokratischen Opposition der Populismusvorwurf gemacht.*

— *Was ist das also für ein Vorwurf, der ja total gängig ist und doch sehr eigentümlich? Der Vorwurf lautet, dass die Herrschaft dem Volk was verspricht. Das scheint für die offizielle Politik eines der schlimmsten Vergehen zu sein.*

Was da alles unter den Titel ‚Populismus‘ fällt, hat den *Inhalt*, dass sich Politiker in *spezifischer Weise* auf das Volk beziehen: Sie behaupten, sich ums Volk zu kümmern, was für das Volk zu tun. Dafür zu sorgen, dass das Volk zu seinem Recht kommt und die Politiker, die das nicht getan haben, abgewählt werden, damit sie als wahre Volksfreunde an die Macht kommen. Der *Populismusvorwurf* sagt, dass man diesen Bezug aufs Volk nicht billigen kann, denn das sei unseriös, spalte das Volk, tue so, als ob man für alle Probleme einfache Lösungen hätte und als ob die etablierten Politiker sich nicht um für alle angemessene Lösungen kümmern.

— *Wenn gesagt wird, das spalte das Volk, ist das verlogen, weil das Angebot ja nur ist: alle Nöte, die angesprochen werden, sollen darin aufgehoben sein, dass man selber die Alternative des Regierens bildet.*

Die Vorwürfe an die Populisten entstammen einer Praxis, die nicht erst mit den jetzigen Populisten in die Welt gekommen ist, sondern die alle oppositionellen Parteien in der Demokratie beständig pflegen: dass sie unter Berufung auf das Volk Kritik an der Regierung üben, dass es unbedingt eine andere Führung bräuchte, die das, was das Volk will, tatsächlich realisiert.

— *Und umgekehrt: Eine Regierung, die der Opposition den Vorwurf macht, sie würde unrealistische Forderungen erheben.*

Also auch nach der anderen Seite handelt es sich da um eine in der Demokratie immer stattfindende Praxis. Die kritisierten Politiker beschimpfen nicht erst neuerdings das als Populismus, sondern immer schon sind im Wahlkampf diese oppositionellen Bemühungen, an die Macht zu kommen, von den Herrschenden kritisiert und inkriminiert worden als unzulässige Vereinfachung, als unseriöses Auftreten, als Personenkult. Auch das sind gängige Vorwürfe aus dem demokratischen Parteienleben.

Insofern erfährt man aus diesen öffentlichen Vorwürfen und der zitierten Praxis der Populisten nichts über das, was sie insbesondere auszeichnet, was das ist, das sie zu Populisten macht im Unterschied zu anderen. Sondern nur das eine, dass da den etablierten Parteien offensichtlich eine erfolgreiche Konkurrenz erwächst, die sie eben mit dem Populismus-Vorwurf kritisieren vom Standpunkt, dass Regierung und Opposition Positionen in der Demokratie sind, die nur den etablierten Parteien zukommen.

— *Der Satz im Artikel, aus dem diese Schlussfolgerung kommt, heißt: „Es ist offensichtlich so, Populisten sind zu allererst demokratische und gerade deshalb ärgerliche Konkurrenten.“ (S. 6, u.) Diese Aussage gilt ja für alle demokratischen konkurrierenden Parteien, auch für die etablierten. Aber über die regen sie sich offenbar anders auf, also muss an den Populisten was Besonderes sein, was den Grund abgibt. Es ist ihnen offenbar bewusst, dass die Populisten nicht einfach Konkurrenten um eine alternative Verfolgung der Staatsräson sind und insofern dazugehören zu dem etablierten Parteiensystem, sondern dass in der Art, wie sie die Beziehung zum Volk sehen, schon ein Unterschied ist, der eigentlich den Grund für das Urteil abgibt: sie sind Feinde der Demokratie, als solche werden sie aufgebaut. Dazu wird im 1. Punkt festgestellt: die Differenz, die da so wichtig sein soll, finden wir nicht. Die Überleitung wird dann gemacht: sie selber legen aber Wert auf einen prinzipiellen Unterschied.*

Aus dem, dass alles, was sie ihnen vorwerfen, übliches demokratisches Zeug ist, folgt nicht, dass die demokratischen Parteien sich auf die Suche machen müssten, was sie eigentlich gegen sie haben. Der I. Punkt beschäftigt sich gar nicht mit einer positiven Aufklärung, was Populisten sind oder nicht, ob sie eine Identität mit Demokraten haben oder nicht, sondern damit, dass man aus dem, was die sog. Altparteien gegen die

Populisten ins Feld führen, eigentlich gar keinen Unterschied feststellen kann. Was ihnen vorgeworfen wird, sind die üblichen Touren der Parteien im Wahlkampf. Nämlich dass es zum demokratischen Ringen um die Macht immer dazu gehört, dass man sich aufs Volk beruft, dass man die Unzufriedenheit der Leute aufgreift und sie zum Argument macht, dass man selbst an die Regierung kommen muss. Wenn diese üblichen demokratischen Touren des Bezugs auf das Volk von den „Altparteien“ den Neuen vorgeworfen werden, wird im Artikel der Schluss gezogen: Die stören sich gar nicht an einer Andersartigkeit der Partei, sondern daran, dass sie ihnen als Konkurrenten um die Macht in die Quere kommen. Wenn sie keine anderen Vorwürfe als die auch zwischen den etablierten Parteien üblichen auffahren, ist auch das ganze Ärgernis, das sie darstellen, dass sie *neue* Konkurrenten um die Macht sind, die man nicht zulassen will.

— *Aber natürlich merken die Demokraten genauso, wie die Populisten offensiv auf dem Unterschied rumreiten. Deshalb wird ihnen vorgeworfen, sie wollen die freie Presse abschaffen, fake news verbreiten, den Rechtsstaat unterwandern, die Institutionen sich zurechtbiegen etc. Die Vorwürfe treffen einen Punkt, an dem die Populisten Unterscheidungen praktisch aufmachen wollen.*

— *All die genannten Vorwürfe sollen zwar heißen: sie sind Feinde der Demokratie. Daraus kann man nicht den Rückschluss machen, es herrsche bei den Altparteien ein Bewusstsein von der Besonderheit der Populisten, der AfD o.ä, und sie müssten sich fragen, was hat es damit auf sich. Von ihnen her sind sie nichts als demokratische Konkurrenten um die Macht, das macht sie so ärgerlich. Wem hat F.J. Strauß nicht alles vorgeworfen, Feinde der Demokratie zu sein: den gediegensten Sozialdemokraten.*

— *Der Vorwurf, sie wären undemokratisch, soll heißen, sie sind keine legitimen Anwärter auf die Macht. Ernst genommen wäre es absurd, wenn es der Standpunkt der etablierten Parteien wäre, die sind Feinde der Demokratie. Dann stünde etwas anderes an. Das merkt man sogar dem Vorwurf noch an, der heißt, die Populisten sind nicht demokratisch, dass es darum geht, sie als Konkurrenten um die Macht zu delegitimieren.*

— *Ist es denn nur Taktik wenn sie fordern: Diese Partei (zumindest Teile davon) müsse man durch den Verfassungsschutz beobachten lassen, ob sie nicht Verfassungsfeinde sind?*

— *Sie gehen eben mit allen Mitteln gegen sie vor. Auch damit sollen Punkte bei den Wählern gemacht werden.*

— *Auch früher schon wurde der Verfassungsschutz bemüht, um linke Teile der SPD, Jusos zu kontrollieren, oder man kennt es als Umgang mit der PDS, dass Demokraten den Übergang machen, dass sie demokratische Konkurrenten um die Macht zugleich als Feinde der Demokratie nicht nur denunzieren, sondern sie auch praktisch per Verfassungsschutz etc. traktieren.*

Das ist die schon angesprochene Logik. Mit der säuberlichen Unterscheidung, jetzt in Bezug auf die AfD, dass man gar nicht sagt, das ist eine rechtsextreme Partei, die vom Verfassungsschutz verboten gehört, sondern genau diese Unterscheidung macht: Sie ist einerseits eine Partei, der man vorwerfen muss, sie bezieht sich in falscher Weise auf das Volk (falsche Versprechungen machen, sich aufspielen als wahrer Vertreter des Volkes). Davon abgetrennt macht man Teilen der Partei den weitergehenden Vorwurf, Rechtsextremisten zu sein, die müssten den Verfassungsschutz überantwortet werden. Diese Unterscheidung ist gerade noch mal der Beleg dafür, dass man der Partei, sofern sie nicht zu den rechtsextremen Teilen gehört, nichts anderes vorwirft, als was gängige Praxis ist der Parteienkonkurrenz ist. Dass sie sich aufs Volk berufen, die Herrschaft den bisher Regierenden abspenstig machen wollen, wird ihnen vorgeworfen. Das ist in dem Sinne keine Demokratie-fremde Praxis, sondern verdankt sich dem, dass diese Parteien *Erfolg* haben gegen die ‚Altparteien‘.

## **II. Eine gezielte Abweichung vom etablierten Politikbetrieb im Namen des geliebten Populus**

Der Vorwurf des Populismus hält also gar nichts Besonderes an den Populisten fest. Die Populisten legen allerdings selbst großen Wert darauf, sich zu unterscheiden. In II. geht es darum, wie sie sich zu dem Politikbetrieb stellen und was man daraus über sie erfährt.

— Die Populisten werden schon wegen ihres schlechten Stils angefeindet. Dass sie sich ziemlich ungehobelt aufführen, sich absetzen gegen die gepflegten Manieren der etablierten Parteien. Aber was ist die Grundlage der Ungehobeltheiten, die sie sich erlauben, wenn sie z.B. gegen die Gesinnungsdiktatur der Etablierten hetzen. Die Grundlage ist, dass sie den Anspruch haben, wir reden dem Volk aus dem Herzen, sind authentisch, man merkt an unserem Auftreten unsere Volksverbundenheit, dass wir die richtigen Vertreter sind. Über diese Tabubrüche wird sich aufgeregt.

— Der Grund ist aber nicht, dass sie dem Volk die Umgangsformen abgelauscht hätten, sondern damit drücken sie ihre Verachtung gegenüber dem etablierten Politbetrieb aus, dass die Verräter am Volk seien.

— Das widerspricht dem vorher Gesagten nicht. Sie drücken damit aus, wie verbunden sie dem Volk sind. Indem sie schlechte Manieren kopieren. Das tun die anderen nicht, erheben sich übers Volk, sind deshalb Verräter. Das sieht man schon an den vornehmen und elitären Manieren.

— Die vorgestellten Sitten selbst sind gekennzeichnet als „prollige Sitten“, das ist der Gehalt des Verstoßes, dass die Sitten, die man aufführt, dem Volk abgelauscht, eben proletenhaft ist.

Was Populisten treiben mit ihren Tabubrüchen und ihrer Kritik der political correctness der etablierten Parteien, das ist nicht das gleiche wie: Sie führen sich auf wie das Volk. Ihr Ausgangspunkt ist eine Kritik an den gängigen Parteien, die heißt, die verraten das Volk, vertreten es nicht in korrekter Weise. Da kommt das Bedürfnis her, sich von dem etablierten Politikbetrieb unterscheiden zu wollen, Wert darauf zu legen, dass man sich anders aufführt. Sich an die da gepflegten Sitten und Umgangsweisen nicht zu halten, programmatisch einen anderen Stil zu pflegen. Und der Inhalt dieses Stils, dass sie sich Sachen zu sagen trauen, die bei den herkömmlichen Parteien nicht politisch korrekt sind – das ist jetzt deren Behauptung –, das ist das, was das Volk will. Damit stellen wir unsere Identität mit dem Volk unter Beweis, wenn wir uns anders aufführen als die herkömmlichen Politiker. Das ist was anderes, als zu sagen, so führt sich das Volk auf.

Der Populist will sich damit als der bessere Führer oder der eigentlich für die Macht übers Volk prädestinierte qualifizieren; indem er seine charakterliche Nähe zum Volk demonstriert, beansprucht er, der geeignete Vertreter des Volkes zu sein.

— Mit ihren Tabubrüchen machen sie ein Kampfprogramm auf gegen die etablierten Parteien. Sie betonen das Anders-sein, sie sind die „Alternative“ für Deutschland“. Wenn sie vom Nationalsozialismus als bloßem „Fliegenschiss“ sprechen, dann wollen sie aufräumen mit der gängigen Politik der etablierten Parteien.

Noch genauer: Gegen was richtet sich das Auftreten der Populisten, dass sie Wert darauf legen, sich unterscheiden zu wollen, anders aufzutreten als die herkömmlichen Politiker? Dann kommt man auf den Inhalt dieser Tabubrüche.

— Dass sie das „nicht Sagbare“ aussprechen wollen, Tabubrüche praktizieren wollen, damit wenden sie sich gegen die Sitten, die hier politisch etabliert sind. In diesen Sitten ist vorgesehen, dass bei der Ansprache und Auseinandersetzung Respekt geübt wird zwischen den entgegengesetzten Interessen. Diesen Respekt lehnen sie ab und beanspruchen demgegenüber, dass die Meinung des Volkes ohne Relativierung zu gelten hat.

Sie beziehen sich auf etwas, das zur politischen Debatte hierzulande dazugehört: dass jenseits aller Gegensätze, die es in der Gesellschaft gibt, die Politik sich, aber auch alle Bürger, auf Respekt und Toleranz verpflichtet – darauf legen demokratische Politiker Wert. Gegen diese eingerichteten Sitten im politischen Umgang miteinander stehen die Populisten auf, und zwar vom Standpunkt aus, dass sie das Volk vertreten als die richtige und einzige Meinung, die deswegen zu Recht Gültigkeit beanspruchen darf, die sich nicht relativieren, Respekt haben und tolerant sein muss, weil sie doch der Standpunkt und Wille des Volkes ist.

Mit ihrer Feindschaft gegen politische Korrektheit, gegen eingerichtete Sitten und Gebräuche, wollen sie unter Beweis stellen, dass sie sich durch keine Respekt- und

Toleranzgebote davon abbringen lassen, für das Volk einzutreten, dessen Standpunkt, dessen Meinung zu vertreten.

— *Insofern wird in diesem II. Punkt die Differenz zu den etablierten Parteien eingelöst, auf die die Populisten Wert legen, und die im I. Punkt als Frage übrigbleibt, also: worin unterscheiden sie sich denn dann. Mit dem Satz auf S. 7: „Sie tun sich damit leicht ...“ (die etablierten politischen Sitten als Vorschriften ... zu entlarven), wird darauf hingewiesen, dass dieser Tabubruch nicht nur ein Signal der Volksverbundenheit ist, sondern auf etwas trifft, was es in dieser demokratischen Gesellschaft tatsächlich gibt, das man ablehnt. Der Hinweis im Artikel ist wichtig, weil er kritisiert, dass dieser Respekt in der Demokratie trotz aller Gegensätze und Klassenunterschiede jedem als gleichen Mitbürger abverlangt wird.*

Das fasst die Punkte nicht richtig. Der I. Punkt ist kein Urteil von uns über die. Im Artikel wird nicht gesagt, das sind erst mal Demokraten, erst später würde sich ihre Andersartigkeit erweisen, sondern der erste Punkt nimmt auf: Wie kritisieren Demokraten eigentlich den Populismus. Und das verrät einiges über die Demokraten selbst. In Wirklichkeit kennen sie den Unterschied zu den Populisten, den wir rausarbeiten, gar nicht. Sie beziehen sich auf die eben als demokratische *Konkurrenten*, deren Erfolg als Konkurrenten ist das ärgerliche.

Insofern steht im II. Punkt: Die Populisten entwickeln das Bedürfnis, ihre besondere Stellung zum Volk unter Beweis zu stellen, indem sie sich anders aufführen; mit ihren Tabubrüchen greifen sie eine in der Demokratie gepflegte Praxis an, sie wollen sich nicht darauf verpflichten lassen, nur *eine* Position im politischen Spektrum zu sein, die den anderen gegenüber tolerant und respektvoll ist.

— *Dagegen habe ich einen Einwand. Der Staat erwartet von seinem Volk Respekt vor politischer Correctness, zu der auch der Respekt vor Minderheiten gehört. Die Populisten legen mit ihren Tabubrüchen Einspruch gegen diese Moral der politischen Correctness ein, kündigen damit auf, dass gewisse Minderheiten überhaupt zu dem Volk, das sie vertreten wollen, gehören. Sie sortieren das Volk: die guten Deutschen gegen andere, denen kein Respekt gebührt.*

An dieser Stelle ist erstmal festgehalten: Sie berufen sich auf ihre Identität mit dem Volk gegen das, was sie Gesinnungsdiktatur nennen – sie treffen da darauf, dass der demokratische Laden in der Tat Toleranz als *Gebot* kennt, das die Herrschaft dem Volk als korrekten Benimm aufmacht und „tun sich leicht“ (S. 7, m.), das als Gesinnungsdiktatur zu geißeln.

— *Der Artikel macht eine Verlängerung: Gegen dieses Gebot der Toleranz stellen sie ihre Hetze. In dieser Hetze reklamieren sie die Meinung des Volkes für sich, heißt, sie buchstabieren dem Volk vor, wie es zu denken hat, „und zwar so, dass der verpflichtende und ausschließende Charakter der volksfreundlich vorgelebten freien Meinung unüberhörbar wird“ (S. 7). Sie sind diejenigen, die vertreten, was die Meinung des Volkes ist.*

— *Dass das ein Kampfprogramm ist, wird gekennzeichnet durch das bedingungslose Festhalten am eigenen Standpunkt, der sich nicht relativieren will. Worin der noch alles besteht, kommt später.*

Was daherkommt als Stilkritik – wir lassen uns den Mund nicht verbieten – ist eine politische Aussage: dass *sie* die Vertreter des Volkes sind, dass in ihnen die Identität von Volk und Herrschaft verkörpert ist, weshalb sie offensiv darauf dringen müssen, dass nichts außer *ihrem* Standpunkt und *ihrer* Politik das Recht hat, Gültigkeit zu beanspruchen. Diese Identität verträgt es also nicht, dass man sich vorschreiben lassen muss, dass außer ihrem noch andere Standpunkte (die dann natürlich nicht dem Volkswillen entsprechen) toleriert und respektiert werden. Dieser Berufungstitel gibt ihnen das Recht, keinen Widerspruch zu dulden. Man kann ihnen nicht mit Toleranz kommen, weil man damit dem Volk das Maul verbietet.

Und die Fortsetzung davon ist: In diesem Sinne treten sie polemisch gegen den eingerichteten Politikbetrieb auf, indem sie nicht nach einvernehmlichen Lösungen suchen,



sondern gegen die anderen auftreten unter dem Motto: da gibt es etwas durchzusetzen, nämlich das, was man ist und verkörpert, gegen die anderen.

— *Also gerade das, was beim Kompromiss verlangt ist – das Abstandnehmen vom eigenen Interesse – das verteufeln die als ‚volksfremd‘.*

— *Es kommt noch etwas dazu: Es ist etwas anderes zu sagen, ich gehe gegen die Moral des Kompromisses vor oder ich gehe damit gegen die institutionell eingerichtete Art und Weise des Regierens vor; nämlich die Kompromissfindung zwischen Bund und Ländern, den Institutionen etc.; damit wäre die praktisch gültige Form des Politikmachens über Kompromisse ebenfalls angegriffen.*

Auf der Ebene des Stils wie der Moral ist das Gewese der Populisten eine Infragestellung des etablierten Politikbetriebs und der besteht nicht aus der Suche nach Kompromissen (z.B. zwischen Bund und Ländern o.ä.) – Regieren geht anders und die dazugehörigen Streitereien sind nicht gut mit ‚Suche nach Kompromissen‘ gekennzeichnet, sondern das ist die Moral, die zum etablierten Politikbetrieb gehört, wo lauter Verfahrensweisen eingerichtet sind bei dem dauernden Streit darüber, wie das Allgemeinwohl zu exekutieren ist.

— *Ist der mangelnde Respekt, den die Populisten gegenüber der etablierten Polit-Moral raushängen lassen, der Grund dafür, dass die Rest-Linke, die es noch gibt, besonders die AfD aufs Korn genommen hat? Deren Politik ist ja inzwischen vor allem darauf gerichtet, AfD-Parteitage lahmzulegen. Sie nehmen doch ernst, was da an moralischen Titeln unterwegs ist.*

Die Fragestellung ist schräg. Die Linken, die die AfD aufs Korn nehmen, haben sich nicht die Mühe gemacht, den Begriff des Populismus zu erarbeiten, um dann zu sagen, deshalb müsse man gegen sie sein. Sie kommen drauf, weil die AfD in die Nähe des Faschismus gerückt wird bzw., auch ist. Mag sein, dass deren Respektlosigkeit – oder wie die AfD zu Ausländern steht – die Linken auch stört. Aber es bringt nichts, das mit dem zu vermischen, worum es hier gerade geht, nämlich, was die Populisten wirklich auszeichnet.

Was hier besprochen wird – Stichwort Tabubrüche –, dass sich die Populisten absichtsvoll unterscheiden wollen, dass sie darin tatsächlich etwas in Frage stellen, was in der Demokratie praktiziert bzw. eingefordert wird: Respekt und Toleranz, führt dazu, dass nicht nur die Linken sich darüber aufregen, sondern eben *alle* Parteien; das ist keine Besonderheit der Linken. Es führt nicht weiter, Thesen über die Linken aufzustellen, wo gerade gesagt wurde, dass dieses Programm der Populisten sich nicht nur gegen die Linken, sondern gegen alle etablierten Parteien richtet und auf entsprechenden Widerstand stößt. Wie das speziell bei den Linken aussieht, ist ein anderes Thema und sollte jetzt nicht weiter verfolgt werden.

— *Eine Frage zu dem Salvini-Zitat (S. 8 vor III.), der „... keine Angst (hat) vor dem Urteil der Italiener“. Dem sind doch zwei Aussagen zu entnehmen. Die erste ist: Es gibt eine Einigkeit zwischen mir und dem Volk – da passt kein Blatt Papier dazwischen. Das zweite: Ich definiere, was der wahre Wille und das Interesse des Volkes ist. Also von wegen, die Populisten würden dem Volk hinterher rennen, so ist es doch gar nicht – die definieren den Willen des Volkes.*

— *Diesen Schluss finde ich nicht naheliegend – wenn er sich darauf beruft, ein freier Mensch zu sein, dann meint er sein Auftreten gegenüber den Institutionen und sagt: da brauche ich keine Angst haben, weil bei dieser Kritik weiß ich das italienische Volk hinter mir.*

Es sind nicht zwei Sachen, weil es bei denen doch gerade das Zusammenfallen sein soll: der Wille des Volkes ist nichts anderes als der Herrschaftswille der Populisten. Da fehlt der Zwischenschritt: Vom Standpunkt, Vertreter des Volkes zu sein, kann und darf sich eine populistische Partei in keiner Weise eine Einschränkung oder Selbstrelativierung gefallen lassen. Von diesem Standpunkt aus – man darf nicht tolerant sein, kann nicht andere respektieren, die nicht das Volk vertreten, darf sich nicht selbst relativieren, indem man sich solchen Forderungen beugt – werden die Populisten tatsächlich kritisch, nicht nur gegenüber Stilfragen und der Moral, sondern gegenüber Institutionen in der Demokratie,

die sie als unzulässige Beschränkung ihrer Macht und ihrer Freiheit zur Regierung betrachten. Von diesem Standpunkt aus sagt Salvini, dass es auf die Souveränität der Herrschenden ankomme – gegen eine unzulässige Beschränkung durch eine Lügenpresse oder falsche politische Vertretung: „Ich bin frei, ich als Vertreter des Volkes bin nur diesem Rechenschaft schuldig, ich habe keine Angst davor, wenn man das Volk fragt: das steht hinter mir.“ Er besteht auf seiner persönlichen Macht, weil die den Willen des Volkes ausdrücke. Deswegen hat er als Politiker zu Recht seine Macht geltend zu machen gegen jeglichen Widerstand.

Und diese Sicherheit hat der Populist selbst dann, wenn er eine Wahlniederlage erlebt oder wenn die Demo nicht so groß war wie Trump es gerne anlässlich seiner Amtseinführung gehabt hätte, dann wird sich eben in die Populistentasche gelogen und behauptet, die Demo sei „great“ gewesen.

Nächstes Mal (17.2.): Nach Beendigung dieses Artikels ist der Israel-Artikel (GS 4/19) Thema.

## **Trump zu Iran (Amerikadienst 08.01.2020)**

<https://de.usembassy.gov/de/trump-zu-iran/>

Am 8. Januar 2020 gab US-Präsident Donald Trump im Grand Foyer des Weißen Hauses folgende Erklärung ab.

Solange ich Präsident der Vereinigten Staaten bin, wird Iran niemals in den Besitz einer Atomwaffe gelangen.

Guten Morgen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können: Die Amerikanerinnen und Amerikaner können überaus dankbar und glücklich sein, dass bei den Angriffen des iranischen Regimes gestern Abend keine Amerikaner zu Schaden kamen. Es gab keine Opfer, unsere Soldatinnen und Soldaten sind sicher und unsere Militärstützpunkte wurden nur minimal beschädigt.

Unsere großartigen amerikanischen Streitkräfte sind auf alles vorbereitet. Iran scheint Zurückhaltung zu üben, was für alle Beteiligten und die ganze Welt gut ist.

Weder Amerikaner noch Iraker wurden getötet, da Vorkehrungen in Form einer großflächigen Truppenverteilung und eines Frühwarnsystems getroffen wurden, das sehr gut funktionierte. Ich ziehe den Hut vor den unglaublichen Fähigkeiten und dem Mut der amerikanischen Soldatinnen und Soldaten.

Schon viel zu lange – seit 1979, um genau zu sein – dulden Staaten das destruktive und destabilisierende Verhalten Irans im Nahen Osten und darüber hinaus. Diese Zeiten sind vorbei. Iran ist der führende Sponsor von Terrorismus und sein Streben nach Atomwaffen ist eine Gefahr für die zivilisierte Welt. Wir werden das nicht zulassen.

Vorige Woche haben wir entscheidende Maßnahmen ergriffen, um einen skrupellosen Terroristen davon abzuhalten, das Leben von Amerikanern zu gefährden. Auf meine Weisung hin haben die US-Streitkräfte Qassem Soleimani ausgeschaltet, den größten Terroristen der Welt. Als Kopf der Al-Kuds-Einheit war Soleimani persönlich für einige der absolut schlimmsten Gräueltaten verantwortlich.

Er bildete Terrorarmeen aus, darunter auch die Hisbollah, und verübte Terroranschläge auf zivile Ziele. Er schürte blutige Bürgerkriege in der gesamten Region. Er verwundete und ermordete auf grausame Weise Tausende amerikanische Soldatinnen und Soldaten, unter anderem, indem er am Straßenrand Bomben zündete, die ihre Opfer verstümmeln und in Stücke reißen.

Soleimani dirigierte die jüngsten Anschläge auf US-Personal im Irak, bei denen vier Militärangehörige verletzt und ein Amerikaner verwundet wurden, und er organisierte den gewalttätigen Angriff auf die US-Botschaft in Bagdad. In den letzten Tagen plante er weitere Angriffe auf amerikanische Ziele, aber wir haben ihn gestoppt.

An Soleimanis Händen klebte das Blut von Amerikanern und Iranern. Er hätte schon vor langer Zeit ausgeschaltet werden müssen. Die Ausschaltung Soleimanis ist eine eindringliche Botschaft an Terroristen: Wenn Ihnen Ihr eigenes Leben etwas wert ist, dann bedrohen Sie das Leben anderer Menschen nicht.

Während die Vereinigten Staaten weiter abwägen, wie auf die iranischen Angriffe zu reagieren ist, werden wir unverzüglich zusätzliche Wirtschaftssanktionen gegen das iranische Regime verhängen. Diese starken Sanktionen werden solange in Kraft bleiben, bis Iran sein Verhalten ändert.

In den vergangenen Monaten hat Iran Schiffe in internationalen Gewässern aufgebracht, ohne vorherige Provokation Saudi-Arabien angegriffen und zwei US-Drohnen abgeschossen.

Das feindliche Verhalten Irans nahm noch zu, nachdem 2013 das törichte Atomabkommen unterzeichnet wurde und das Land 150 Milliarden US-Dollar erhielt, ganz zu schweigen von den 1,8 Milliarden US-Dollar in bar. Statt den Vereinigten Staaten zu danken, riefen sie „Tod den USA“. Tatsächlich riefen sie an dem Tag, an dem das Abkommen unterzeichnet wurde, „Tod den USA“.

Dann begann Iran eine mit dem Geld aus dem Abkommen finanzierte Terrororgie und bereitete Jemen, Syrien, Libanon, Afghanistan und Irak die Hölle. Die Raketen, die gestern Abend auf uns und unsere Verbündeten abgefeuert wurden, wurden mit Mitteln finanziert, die die vorherige Regierung zur Verfügung gestellt hat. Das Regime hat auch im eigenen Land die Zügel stark angezogen und in letzter Zeit bei den vielen Demonstrationen, die im ganzen Land stattfinden, sogar 1.500 Menschen getötet.

Der sehr mangelhafte Gemeinsame Umfassende Aktionsplan (JCPOA) läuft sowieso in Kürze aus und bietet Iran damit die klare Möglichkeit, in kurzer Zeit eine Atomwaffe zu bauen. Iran muss seine atomaren Ambitionen aufgeben und aufhören, den Terrorismus zu unterstützen. Es ist Zeit, dass Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Russland und China diese Realität erkennen.

Sie müssen den Überbleibseln des JCPOA nun den Rücken kehren, und wir müssen alle gemeinsam auf ein Abkommen mit Iran hinarbeiten, das die Welt zu einem sichereren und friedlicheren Ort macht. Wir müssen außerdem ein Abkommen schließen, das es Iran erlaubt, zu wachsen und zu gedeihen und sein enormes ungenutztes Potenzial auszuschöpfen. Iran kann ein großartiges Land sein.

Im Nahen Osten kann es weder Frieden noch Stabilität geben, solange Iran weiter Gewalt, Unruhen, Hass und Krieg schürt. Die Botschaft der zivilisierten Welt an das iranische Regime muss klar und einheitlich sein: Ihr Feldzug für Terror, Mord und Chaos wird nicht weiter geduldet. So wird es nicht weitergehen.

Ich werde heute die NATO auffordern, sich sehr viel stärker im Nahostprozess zu engagieren. In den letzten drei Jahren ist unsere Wirtschaft unter meiner Führung stärker geworden, als sie es je war, und die Vereinigten Staaten haben die Energieunabhängigkeit erreicht. Diese historischen Errungenschaften haben unsere strategischen Prioritäten verschoben. Niemand hätte derartige Erfolge für möglich gehalten. Und im Nahen Osten haben sich neue Möglichkeiten ergeben. Wir sind heute der weltweit größte Produzent von Rohöl und Erdgas. Wir sind unabhängig und brauchen kein Öl aus dem Nahen Osten.

Das US-Militär wurde unter meiner Regierung für 2,5 Billionen US-Dollar vollständig umgebaut. Die US-Streitkräfte sind stärker denn je. Unsere Raketen sind groß, stark, präzise, tödlich und schnell. Viele Hyperschall-Flugkörper befinden sich im Bau.

Dass wir über dieses großartige Militär und Gerät verfügen, heißt allerdings nicht, dass wir es auch einsetzen müssen. Wir wollen es nicht einsetzen. Amerikanische Stärke, militärische wie wirtschaftliche, ist die beste Abschreckung.

Vor drei Monaten, nachdem wir die IS-Terrormiliz und ihr territoriales Kalifat zu 100 Prozent zerstört hatten, töteten wir den brutalen Anführer des IS, al-Baghdadi, der für so viele Tote verantwortlich war, darunter die Massentötungen von Christen, Muslimen und allen, die ihm im Wege standen. Er war ein Monster. Al-Baghdadi versuchte, das IS-Kalifat wieder aufzubauen, und scheiterte.

Zehntausende IS-Kämpfer wurden unter meiner Regierung getötet oder gefangengenommen. Der IS ist der natürliche Feind Irans. Die Zerstörung der IS-Terrormiliz ist gut für Iran, und wir sollten zusammen daran und an anderen gemeinsamen Prioritäten arbeiten.

Abschließend möchte ich den Iranerinnen und Iranern und ihrer Führung sagen: Wir wollen, dass Sie eine Zukunft haben, eine großartige Zukunft – die Zukunft, die Sie verdienen, mit Wohlstand in der Heimat und in Harmonie mit den Ländern der Welt. Die Vereinigten Staaten sind bereit für Frieden mit allen, die danach streben.

Ich möchte Ihnen danken. Gott segne Amerika. Vielen herzlichen Dank. Danke. Danke.

---

Remarks by President Trump on the Killing of Qasem Soleimani NATIONAL SECURITY & DEFENSE

Issued on: January 3, 2020 menuALL NEWS Mar-a-Lago Palm Beach, Florida

3:13 P.M. EST

THE PRESIDENT: Hello, everybody. Well, thank you very much. And good afternoon. As President, my highest and most solemn duty is the defense of our nation and its citizens. Last night, at my direction, the United States military successfully executed a flawless precision strike that killed the number-one terrorist anywhere in the world, Qasem Soleimani. Soleimani was plotting imminent and sinister attacks on American diplomats and military personnel, but we caught him in the act and terminated him. Under my leadership, America's policy is unambiguous: To terrorists who harm or intend to harm any American, we will find you; we will eliminate you. We will always protect our diplomats, service members, all Americans, and our allies. For years, the Islamic Revolutionary Guard Corps and its ruthless Quds Force — under Soleimani's leadership — has targeted, injured, and murdered hundreds of American civilians and servicemen. The recent attacks on U.S. targets in Iraq, including rocket strikes that killed an American and injured four American servicemen very badly, as well as a violent assault on our embassy in Baghdad, were carried out at the direction of Soleimani. Soleimani made the death of innocent people his sick passion, contributing to terrorist plots as far away as New Delhi and London. Today we remember and honor the victims of Soleimani's many atrocities, and we take comfort in knowing that his reign of terror is over. Soleimani has been perpetrating acts of terror to destabilize the Middle East for the last 20 years. What the United States did yesterday should have been done long ago. A lot of lives would have been saved. Just recently, Soleimani led the brutal repression of protestors in Iran, where more than a thousand innocent civilians were tortured and killed by their own government. We took action last night to stop a war. We did not take action to start a war. I have deep respect for the Iranian people. They are a remarkable people, with an incredible heritage and unlimited potential. We do not seek regime change. However, the Iranian regime's aggression in the region, including the use of proxy fighters to destabilize its neighbors, must end, and it must end now. The future belongs to the people of Iran — those who seek peaceful coexistence and cooperation — not the terrorist warlords who plunder their nation to finance bloodshed abroad. The United States has the best military by far, anywhere in the world. We have best intelligence in the world. If Americans anywhere are threatened, we have all of those targets already fully identified, and I am ready and prepared to take whatever action is necessary. And that, in particular, refers to Iran. Under my leadership, we have destroyed the ISIS territorial caliphate, and recently, American Special Operations Forces killed the terrorist leader known as al-Baghdadi. The world is a safer place without these monsters. America will always pursue the interests of good people, great people, great souls, while seeking peace, harmony, and friendship with all of the nations of the world. Thank you. God bless you. God bless our great military. And God bless the United States of America. Thank you very much. Thank you. END